

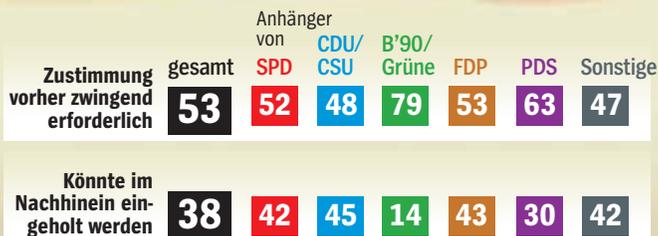
Nachgefragt

Solide solidarisch

„Befürworten Sie nach den Anschlägen in New York und Washington die uneingeschränkte Solidarität mit den USA, wie sie Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgerufen hat?“



„Halten Sie die vorherige Zustimmung des Bundestages für einen Bundeswehreinsatz für zwingend, oder könnte sie auch im Nachhinein eingeholt werden?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 1. bis 4. Oktober; 841 Befragte bei der Solidaritäts-Frage, 1224 Befragte bei der Bundeswehreinsatz-Frage; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/„egal“/keine Angabe

Fast drei Viertel (71 Prozent) der Deutschen befürworten eine Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA. Nur 23 Prozent sind nach einer aktuellen SPIEGEL-Umfrage von Infratest dagegen (siehe Grafik). Junge Deutsche unter 30 Jahren sind deutlich weniger zur bedingungslosen Solidarität mit Amerika bereit als die Älteren: Nur 63 Prozent sind dafür, bei den Über-30-Jährigen sind es 73 Prozent. Vergleichsweise kritisch sind auch Frauen: 29 Prozent teilen die Mehrheitsmeinung nicht, gegenüber nur 17 Prozent der Männer. Mit 81 Prozent ist die Identifizierung mit den USA bei SPD-Wählern am größten – noch klar vor denen von CDU/CSU

(75 Prozent). Ein Indiz für einen stärker ausgeprägten Antiamerikanismus bei den Ostdeutschen liefert die Umfrage nicht – West und Ost unterscheiden sich kaum in ihrer Einstellung. Bei der Frage, ob der Bundestag einem Bundeswehreinsatz vorab zustimmen müsste oder ob ein nachträgliches Placet ausreichen würde, verlangt die Mehrheit der Bevölkerung einen vorherigen Parlamentsbeschluss. Ganz besonders großen Wert darauf legen die Wähler von Kanzler Gerhard Schröders grünem Koalitionspartner: 4 von 5 bestehen auf einem Bundestagsvotum vor dem Einsatz der Bundeswehr. Gerade 14 Prozent reicht auch das nachträgliche Okay.

AFFÄREN

Der Müll der Ministerin

Die neue rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD) soll für eine Millionenpleite mitverantwortlich sein. Die saarländische Gesellschaft Kommunaler Entsorgungsbetriebe (GKE), in deren Aufsichtsrat die damalige Saarbrücker Umweltdezernentin bis Anfang September saß, hatte Anfang 2000 eine Abfallsortieranlage für rund sechs Millionen Mark bestellt. Weil es

entgegen der Darstellung der GKE-Geschäftsführung keine Standortgenehmigung gab, konnte die Anlage nicht gebaut werden. Die auf Grund der Zusage bestellten Anlagenteile werden seither zwischengelagert; Kosten: 18 000 Mark monatlich. Conrad hatte die Entscheidungen trotz interner Kritik bis zuletzt mitgetragen. Die an der GKE beteiligte Entsorgungsfirma Paulus prüft nun Regressforderungen für den von ihr auf über acht Millionen Mark geschätzten Schaden. Conrad will als „einfaches Aufsichtsratsmitglied“ keine Stellung nehmen.